

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Rat	13.07.2010	4.4

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 29.06.2010 hier: AN/1310/2010 - Kürzungsliste der "Task-Force"

In ihrer o. a. Anfrage befasst sich die Fraktion Die Linke.Köln mit der Kürzungsliste der sog. „Task-Force“. Aufgrund der Vermutung, dass „sich dies Kürzungen und Streichungen aus dem Hpl.-Entwurf 2010/2011 nur sehr aufwändig und wenig detailliert herauslesen lassen werden und da die Verwaltung ja eine detaillierte Liste dieser Kürzungen und Streichungen vorliegt,“ wird folgende Frage gestellt:

„1. In Bezug auf welche Ausgaben sieht der Haushaltsentwurf 2010/2011 neben den Pauschalkürzungen weitere Kürzungen und Streichungen vor und welche Höhe erreichen diese im Einzelnen?“

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Hpl.-Entwurf 2010/2011 wird am 13.07.2010 in den Rat eingebracht, also in der Sitzung, zu der auch diese Anfrage gestellt wurde

In Band 2 des Hpl.-Entwurfs ist die sog. „Task-Force-Liste“ auf Basis des Stadtvorstandsbeschlusses v. 25.05.2010 enthalten. Ab Seite 581 werden die einzelnen Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung sowie zur Ertragsteigerung einzeln aufgeführt. Die jeweilige Darstellung enthält neben einer Erläuterung des jeweiligen Vorschlages sowohl die organisatorischen Angaben (Dezernat, Amt) als auch die finanziellen Auswirkungen in den Jahren 2010 bis 2014, aufgeteilt nach Personal- und Sachaufwand bzw. Ertragssteigerung. Ebenso sind der jeweilige Teilergebnisplan und die betroffene Teilplanzeile angegeben.

Per Saldo ergeben sich folgende Gesamtverbesserungen für den Haushalt:

2010:	28,5 Mio. Euro
2011:	65,4 Mio. Euro
2012:	76,3 Mio. Euro,
2013:	85,0 Mio. Euro
2014:	85,0 Mio. Euro.

Diese Veränderungen sind bereits in den Hpl.-Entwurf 2010/2011 eingearbeitet und haben die jahresbezogenen Fehlbeträge entsprechend reduziert.

Für den Fall, dass die Verwaltung eine Beantwortung der o. a. Frage 1 ablehnen würde, werden zwei Zusatzfragen gestellt.

Vor dem Hintergrund der o. a. Ausführungen wird auf die Darstellung und Beantwortung dieser Zusatzfragen verzichtet.

gez. Roters